

Offener Brief von Lehrerinnen und Lehrern

Wie immer man zu dem Projekt Stuttgart21 stehen mag....

Wir sind schockiert über den Einsatz von Wasserwerfern und dem Vorgehen der in "Vollschutz" bekleideten Einsatzkräfte aus ganz Deutschland gegen junge Menschen aus Schulen und Hochschulen unseres Bundeslandes.

Wir sind bestürzt darüber, mit welcher Brutalität die Einsatzkräfte auf wehrlose junge Menschen ihre Wasserwerfer richteten, Pfeffersprays gezielt in die Augen der auf dem Boden sitzenden und wehrlosen SchülerInnen sprühten und diese verletzten.

Wir sind empört darüber, dass die in friedlichen Absichten demonstrierenden Teilnehmerinnen einer bei der Stadt angemeldeten und genehmigten politischen Veranstaltung am Donnerstag 30.9.2010 von Innenminister Rech als "Gegner" bezeichnet wurden. Ein solcher Polizeieinsatz entspricht nicht den Umgangsformen, die unsere Landesverfassung vorgibt.

Wir fragen uns, wie wir als Staatsbeamte den Eltern begegnen sollen, die ihre Kinder zu einer angemeldeten Demonstration mit Kundgebung gehen ließen und danach miterleben mussten, wie diese durch die unverhältnismäßige Polizeistrategie verletzt und traumatisiert wurden.

Wir fragen uns weiter, wie sich unsere Landesregierung die pädagogische Herausforderung vorstellt, Kinder und Jugendliche für die Bürgerrechte unserer Landesverfassung zu begeistern. Nach dem Bildungsplan 2004 ist es unsere Aufgabe, SchülerInnen in die Lage zu versetzen, die politische Situation der Gesellschaft und ihre eigene Position zu analysieren **und sich aktiv** am politischen Prozess zu beteiligen. Dabei sollen sie nach Mitteln und Wegen suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen zu

beeinflussen. Und genau das haben die jungen Menschen an jenem Tag im Schlossgarten getan, denn sie wollten sich für mehr Bildung und eine bessere Ausstattung ihrer Schulen einsetzen.

Wir befürchten, dass durch dieses unverhältnismäßige Auftreten der Staatsgewalten Jugendliche eingeschüchtert und kriminalisiert werden. Das Auftreten staatlicher Gewalt steht im großen Widerspruch zu unseren Bemühungen in vielen Schulen, Konflikte mit Hilfe von Streitschlichtern gewaltfrei zu lösen.

Als PädagogInnen und Lehrerinnen haben wir die Aufgabe junge Menschen in demokratische Denkweisen einzuführen und sie für ein gesellschaftliches, bürgerschaftliches Engagement zu motivieren. Unsere jahrelange wertvolle Arbeit wurde durch diese "harte Linie der Landesregierung" beschädigt.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf die demokratischen Tugenden unserer Landesverfassung zu besinnen und im Sinne einer Streitschlichtung einem Moratorium zuzustimmen.

Wolfgang Manuel Simon Annemarie Raab Hermann Josef Brändle
Barbara Bader Klaus-D. Jaensch Norbert Bergermann Helga Igel
Regina Treffert Eva-Maria Hartmann Evelin Simon Ernst Delle Erwin
Berger Dietrich Kunze Thomas Müller Werner Hobbing,

Stand: Do8.10.2010

untersützt auch von Wolfgang Schoch, EBR-Vorsitzender FSG-Marbach und GEB-
Vorsitzender der Marbacher Schulen